Auslese wichtiger Festschriftenbeiträge des Jahres 2018 – Teil 1

Zusammengestellt von Prof. Dr. Matthias Jahn, Forschungsstelle RuPS, Frankfurt/M.¹

Verfahrensrecht

StPO §§ 226 ff.

Der Strafrichter in der Hauptverhandlung

Kölbel FS Schild, Königshausen & Neumann 2018, S. 49

Autor setzt sich mit der Auffassung Schilds auseinander, nach der die Akzeptanz und positive Autorität des Strafspruchs im Wesentlichen auf der Formalisierung des Prozesses im Sinne einer sachlichen, distanzierten und respektvollen Prozesskommunikation mit dem Richter beruhe.

StPO § 261

Überzeugung des Richters bei der Täteridentifizierung

Miebach FS Rogall, Duncker & Humblot 2018, S. 559

Verf. beschäftigt sich mit dem Beweiswert, den verschiedene Formen des Wiedererkennens durch den Zeugen für die richterliche Überzeugungsbildung haben.

EMRK Art. 6 Abs. 1 S. 1, StPO § 24 Richterliche Vorbefassung und Menschenrechte

Tsambikakis FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 171

Autor analysiert die Auswirkungen der Vorbefassung auf die (auch) menschenrechtlich geschützte richterliche Unparteilichkeit.

StPO § 213

Terminshoheit des Vorsitzenden

Bernsmann FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 613

Verf. plädiert dafür, die Terminshoheit des Vorsitzenden sprachlich und auch der Sache nach abzuschaffen, um dem Angeklagten die Teilnahme des Verteidigers seines Vertrauens zu ermöglichen.

StPO § 7, GG Art. 101 Abs. 2 S. 2

Auswahl des Gerichtsstandes durch die Staatsanwaltschaft

Ignor FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 117

Anhand verschiedener OLG-Urteile zeigt der *Autor*, inwieweit der Grundsatz des gesetzlichen Richters durch das Wahlrecht der StA mit Blick auf den örtlichen Gerichtsstand tangiert wird.

StPO § 243 Abs. 5 S. 3

Eröffnungserklärung des Verteidigers

Hartmut Schneider FS Rogall, Duncker & Humblot 2018, S. 667

Die (Teil-)Neuregelung zum *opening statement* aus dem Jahr 2017 berge erhebliches Konfliktpotential.

EMRK Art. 6 Abs. 3 lit. c Recht auf effektive Strafverteidigung

Weigend FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 191

Verf. erörtert und konkretisiert die Anforderungen an die sachgerechte Aktivität des Verteidigers.

StPO §§ 22 ff.

Strafrichter und Strafverteidiger

R. Hamm FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 999

Autor beleuchtet anhand einiger Beispiele das komplexe Verhältnis zwischen Verteidiger und Richter.

144 StV 2 · 2019

¹ Im Anschluss an die Berichterstattung für 2017 in StV 2018, 261.

Verfahrensrecht Festschriften

StPO §§ 257c, 31

Schöffen und Verständigung im Strafverfahren

Rönnau FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 367

Verf. zeigt auf, dass das Verständigungsverfahren zu einem Funktionsverlust für das Amt des Schöffen führe, der seine Überzeugung grundsätzlich erst aus dem Inbegriff der Hauptverhandlung erlangen soll.

GVG §§ 184 ff.

Gerichtsdolmetscher

Wenske FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 287

Die Effektivität vieler Strafprozesse hänge auch von den Qualitäten der mitwirkenden Dolmetscher ab.

StPO § 53

Belehrung von Berufsgeheimnisträgern im Strafverfahren

Gillmeister FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 387

Autor spricht sich für die gesetzliche Normierung einer Belehrungspflicht für Berufsgeheimnisträger aus.

StPO §§ 48 ff.

Schutz der Opfergrundrechte im und durch (das) Verfahren

Kölbel FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 689

Der voranschreitende Umbau der Prozessstrukturen mit Zentrierung auf den Verletzten führe dazu, dass die methodische Fundierung des Opferschutzes verloren gehe.

StPO §§ 136 ff.

Überlegungen zur Ungefährlichkeitsvermutung

Pollähne FS Schlothauer, C.H. Beck2018, S. 53

Besonders im rechtspolitischen Klima der Sicherheitsgesellschaft sei es von großer Bedeutung eine Person, die einer Straftat beschuldigte wird, bis zum gesetzlichen Nachweis ihrer tatsächlichen Gefährlichkeit als ungefährlich zu betrachten.

StPO § 112 Abs. 2

Fluchtprognosen in Haftentscheidungen

Stefan König FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 237

Autor befasst sich mit zwei Ansätzen, die geeignet sind, die Begründung des Haftbefehls mit vermeintlicher Fluchtgefahr einzudämmen.

StPO § 32 f., § 147

Digitale Strafakten und Einsichtsrecht der Verteidigung

R. Hamm FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 105

Autor analysiert anhand des Wirtschaftsstrafverfahrens zum »Schienenkartell« die zum 01.01.2026 vorgesehene Ersetzung der Papier- durch die elektronische Strafakte und welche Folgen sich daraus für das Akteneinsichtsrecht der Verteidigung ergeben. An gleicher Stelle (FS Schlothauer, S. 213) widmet sich Knierim der Frage, welche Vorteile die Einführung der elektronischen Akte auf die Verteidigungspraxis hat.

StPO § 81a

Körperliche Eingriffe: Arztvorbehalt und Gesundheitsschutz

N. Schlothauer FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 413

§ 81a StPO mache den Arzt zum Gehilfen der Strafverfolgung und gleichzeitig zum Garanten für die Gesundheit des Beschuldigten. *Verf.* ist der Meinung, dass eine Ergänzung der Norm wünschenswert wäre, um eine Umgehung der ärztlichen Einschätzung zu verhindern.

StPO § 53

Ärztliche Atteste im Strafverfahren

B. Gercke FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 423

Ärztliche Atteste im Strafverfahren ziehen keine umfassende Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht nach sich und führten deshalb für den Beschuldigten stets zu der Gefahr, einen Belastungszeugen zu schaffen.

StPO § 100d

Kernbereich privater Lebensgestaltung bei der TKÜ

Kudlich FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 723

Autor analysiert die prozessuale Situation, wenn im Rahmen einer TKÜ ausschließlich private Angelegenheiten erörtert werden, die keinen Bezug zur Tat aufweisen.

StPO §§ 97 Abs. 1 Nr. 3, 160a

Strafprozessualer Zugriff auf Unterlagen aus internen Untersuchungen

Wohlers FS Rogall, Duncker & Humblot 2018, S. 757

Verf. geht (noch vor BVerfG [Kammer] StV 2018, 547) der Frage nach, inwiefern Unterlagen aus *internal investigations* vom Anwaltsprivileg geschützt sind und in welchem Umfang sie Eingang in das Strafverfahren finden dürfen.

StPO § 147 Abs. 1

Akteneinsicht in Untersuchungsberichte über interne Untersuchungen

Dierlamm FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 205

Unter welchen Voraussetzungen kann ein Beschuldigter Akteneinsicht in Untersuchungsberichte erhalten, wenn diese nach Beendigung der internen Erhebungen an die Ermittlungsbehörde übermittelt wurden?

StPO §§ 249 ff.

Digitale Beweismittel

Jahn/Brodowski FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 409

Digitale Spuren und Beweise führen zu praktischen Schwierigkeiten im Rahmen des strafprozessualen Hauptverfahrens und der Revision, die nicht allein durch Einführung der digitalen Akte gelöst werden.

StPO §§ 136 ff.

Durch informelle Ermittlungen veranlasste Ermittlungsprovokation

Claus Roxin FS Rogall, Duncker & Humblot 2018, S. 651

Autor erörtert, unter welchen Umständen die staatliche Ermittlungsprovokation zulässig sein kann und ab wann ein Verstoß gegen die Selbstbelastungsfreiheit vorliegt. An gleicher Stelle (FS Rogall, S. 707) ermitteln Seherl Grothe-Meumann auf Grundlage des deutschen Strafverfassungsrechts und der EMRK, wann und unter welchen Umständen

StV 2 · 2019 **145**

Festschriften Verfahrensrecht

eine Tatprovokation rechtswidrig ist und welche Rechtsfolgen dieser Befund nach sich zieht. *Zerbes* (FS Höpfel, NWV-Verlag 2018, S. 361) beschäftigt sich speziell mit der Übersetzung der *EGMR*-Judikatur zur Tatprovokation als traditionelles Lockspitzelverbot mit neuem Verfolgungshindernis.

StPO §§ 249 ff.

Der Rechtsstaat verbirgt sich

Paeffgen FS Rogall, Duncker & Humblot 2018, S. 611

Anhand eines Beispiels erläutert der *Autor*, wie weit der Schutz verdeckter Quellen im deutschen Strafprozessrecht geht und wie dies den effektiven Rechtsschutz nachhaltig beeinträchtigen kann.

StPO §§ 161 ff.

Rechtswidrigkeit sogenannter legendierter Kontrollen *Kempf* FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 673

Autor kritisiert BGHSt 62, 123 = StV 2017, 642. Insbesondere sei es systematisch nicht richtig, die StPO-Regelungen über den Weg des Gefahrenabwehrrechts auszuhebeln.

StPO § 136 Abs. 1 S. 5

Verstoß gegen die Belehrungspflicht und seine Folgen *Neuhaus* FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 245.

Welche Folgen hat die Verletzung der Belehrungspflichten zum allgemeinen Anwaltskonsultationsrecht und der Beiordnung eines Pflichtverteidigers? Kann sich daraus ein Verwertungsverbot nach § 136 Abs. 1 S. 5 Hs. 1 StPO ergeben?

StPO § 261

Beweisverwertungsverbote

Greco FS Rogall, Duncker & Humblot 2018, S. 485

Verf. vertritt die Auffassung, dass Beweisverwertungsverbote in der Praxis zu oft neutralisiert würden und plädiert für die Alternative der Gewährung von Schadensersatz für bestimmte Regelverstöße. Weigend (FS Höpfel, NWV-Verlag 2018, S. 243) setzt sich kritisch mit der Tendenz des EGMR auseinander, Beweisverwertungsverbote als ausgleichende Maßnahmen für verschiedene Verfahrensfehler zu fordern.

StPO § 257c

Beweisverwertungsverbot nach § 257c Abs. 4 S. 3 StPO

Gless FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 433

Autorin vertritt die Auffassung, dass ein zum Vollzug der Verständigung abgelegtes Geständnis auch in der nächsten Instanz zu einem Beweisverwertungsverbot führe. Momsenl Washington (FS Rogall, Duncker & Humblot 2018, S. 593) erörtern umfassend die Bedeutung von Beweisverwertungsverboten im Rahmen von Verständigungen.

StPO § 261

Beweisverwertungsverbote und Widerspruchslösung *Radtke* FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 453

Der *Autor* erörtert die Besonderheiten, die für Beweisverwertungsverbote im Ermittlungs- und Zwischenverfahren unter Berücksichtigung der *BGH*-Widerspruchslösung gelten.

StPO § 261

Fernwirkung von Beweisverwertungsverboten

Rogall FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 435

Verf. stellt die konsensfähigen Grundaussagen zur Fernwirkung zusammen.

StPO § 244 Abs. 6 S. 2

Fristsetzung für Beweisanträge

Krehl FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 705

Autor konkretisiert Voraussetzungen und Anwendungsbereich der Neuregelung zur Fristsetzung bei Beweisanträgen. Auch Schlothauer (FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 819) weist darauf hin, dass sie Neuregelung des Beweisantragsrechts unter Fristenregiment ein nicht unerhebliches Konfliktpotential berge.

StPO § 257c

Strafbarkeitsrisiken des Strafverteidigers

Beulke FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 315.

Autor vertritt die Auffassung, dass die Strafbarkeit des Verteidigers bei Mitwirkung an einer prozesswidrigen Absprache aufgrund seiner Beistandsfunktion von der Strafbarkeit der Richter/Staatsanwälte abgekoppelt werden sollte.

StPO § 257c

Konsens und Gerechtigkeit

Kudlich FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 335

Verf. untersucht, ob konsensuale Elemente im Strafverfahren »Gerechtigkeitsprobleme« aufwerfen oder – wofür vieles spreche – in umgekehrter Weise gerade der Herstellung von Gerechtigkeit dienten.

StPO § 257c

Rezeption des Verständigungsurteils des BVerfG in der Rechtsprechung des BGH

Norouzi FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 345.

Der *Autor* untersucht die revisionsrechtlichen Auswirkungen von BVerfGE 133, 168 = StV 2013, 353 auf die Rechtsprechung des *BGH* zum Verständigungsgesetz.

StPO § 349 Abs. 2

Beschlussverwerfung nach § 349 Abs. 2

Wohlers FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 509

Autor kritisiert die Praxis der Beschlussverwerfung nach § 349 Abs. 2 StPO ohne Begründung. Es werde nicht offengelegt, ob die Entscheidung rein ergebnisorientiert sei oder auf allgemeinverbindlichen Rechtsauffassungen beruhe

StPO/OWiG

Unternehmenssanktionen bei Ordnungswidrigkeiten

Korte FS Graf-Schlicker, RWS Verlag 2018, S. 525

Die bestehenden Regelungen zur Verantwortlichkeit von Unternehmen im Ordnungswidrigkeitenrecht seien nicht mehr konkurrenzfähig. Es bestehe Bedarf für eine Neuordnung und Systematisierung des Rechts der Unternehmenssanktionen.

StV 2 · 2019

StPO/OWiG

Unternehmensstrafrecht und Individualstrafrecht

Leitner FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 1101

Autor setzt sich kritisch mit dem Vorhaben des Koalitionsvertrags auseinander, der eine Neuregelung des Sanktionenrechts für Unternehmen proklamiert. Er mahnt an, grundlegende Strafrechtsprinzipien nicht für invasive Rechtsinstitute wie internal investigations aufzugeben.

StPO/OWiG

»Deferred Prosecution Agreements«

Stuckenberg GedS Joecks, C.H. Beck 2018, S. 331

Autor analysiert rechtsvergleichend die wesentlichen Merkmale und Problempunkte von DPAs im Kontext der deutschen Diskussion über die Reform der Unternehmenssanktionen.

StPO/OWiG

Unternehmensstrafverfahrensrecht

Trüg FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 65

Verf. analysiert, inwiefern strafverfahrensrechtliche Prinzipien auf Unternehmen angewendet werden könnten.

StPO

Prominentenstrafrecht

Jahn/Meinecke FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 129

Verf. vertreten die Auffassung, dass die Defensivmechanismen des Strafrechts vor allem für Prominente im Missverhältnis zur medialen Repräsentation von Strafverfahren stünden.

StPO §§ 333 ff.

Effektivität der strafrechtlichen Revision

Ventzke FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 497

»Die Funktionstüchtigkeit der Strafrechtspflege« in den Fokus zu nehmen bedeute, das strafrechtliche Revisionsverfahren zu optimieren, also tatrichterliche Fehlentscheidungen effektiv zu korrigieren. *Rosenau* (FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 791) analysiert, inwieweit aufgrund des Gebots der effektiven Revision eine Reform des Revisionsrechts geboten ist.

StPO §§ 48 ff., 333 ff.

Revisionsrechtliche Überprüfung problematischer Zeugenaussagen

Miebach GedS Joecks, C.H. Beck 2018, S. 133

Autor erläutert, welche wissenschaftlich – insbesondere aus der Kriminalistik – gewonnenen Erkenntnisse hier relevant sein können.

StPO §§ 333 ff.

Audiovisuelle Beschuldigtenvernehmung und revisionsrechtliche Kontrolle

Wollschläger FS Schlothauer, C.H. Beck 2018, S. 517

Die Erweiterung der Möglichkeiten der AV-Beschuldigtenvernehmung führe zu einer mittelbaren Verbesserung der Rechtsschutzmöglichkeiten im Revisionsverfahren.

StPO §§ 417 ff.

Zur Entwicklung des beschleunigten Verfahrens

Rengier FS Rogall, Duncker & Humblot 2018, S. 631

Verf. untersucht Projekte aus verschiedenen Bundesländern, die dem beschleunigte Verfahren zu einer effektiveren Anwendung verhelfen sollen.

StPO §§ 249 ff.

Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme und vereinfachte Verfahrenstypen

Radtke FS Graf-Schlicker, RWS Verlag 2018, S. 549

Autor lotet Möglichkeiten der schriftlichen Strafverfahrensausgestaltung aus.

EUV/AEUV/GG

Europäischer Haftbefehl und europäische Grundrechte

Streinz FS Höpfel, NWV 2018, S. 549

Stellt der europäische Haftbefehl eine Bewährungsprobe für den europäischen Grundrechtsschutz dar?

GG Art. 103 Abs. 2

Doppelbestrafungsverbot innerhalb der europäischen Union

Satzger FS Höpfel, NWV 2018, S. 565

Das Verbot der Doppelbestrafung könne in Ausnahmefällen aufgrund der besonderen Zielsetzung der EU durch den *ordre public* ausgehebelt werden.

StPO/GG Art. 103 Abs. 2

Strafklageverbrauch bei sukzessiver Tatbestandsverwirklichung

Mutzbauer FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 751

Verf. beschäftigt sich mit der Frage, ob bei sukzessiver Tatbestandsverwirklichung auch dann ein Strafklageverbrauch eintritt, wenn nach dem rechtskräftigen Urteil weitere zuzurechnende Einzelakte festgestellt werden.

StPO §§ 140 ff.

Legal Aid/Prozesskostenhilfe und notwendige Verteidigung im Strafverfahren

Jahn/Zink FS Graf-Schlicker, RWS Verlag 2018, S. 475

Verf. analysieren die Zielvorgaben der Legal Aid-Richtlinie der EU zur Aktivierung früher Strafverteidigung und den daraus resultierenden Änderungsbedarf für das deutsche Recht der Pflichtverteidigung.

Strafrecht

StGB § 238 Abs. 1, GG Art. 103 Abs. 2 Bestimmtheit des § 238 Abs. 1 StGB

Kuhlen FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 271

Autor kommt zu dem Ergebnis, dass § 238 Abs. 1 StGB auch in neuer Fassung dem Bestimmtheitsgebot genüge.

StGB § 266, GG Art. 103 Abs. 2

Zum Verbot der Verschleifung von Tatbestandsmerkmalen

Saliger FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 523

Verf. analysiert Inhalt, Charakter, verfassungsrechtliche Verortung und Reichweite des Verschleifungsgebots anhand ausgewählter neuerer Anwendungsfragen.

GG Art. 103 Abs. 2

Verbot strafbegründender Analogie als Grenze unionsrechtskonformer Auslegung im Steuerstrafrecht

Chr. Jäger GedS Joecks, C.H. Beck 2018, S. 513

StV 2 · 2019 **147**

Festschriften Strafrecht

Im Steuerstrafrecht bestehe ein Spannungsverhältnis zwischen dem Gebot der unionsrechtskonformen Auslegung und dem Verbot strafbegründender Analogie, das letztlich vom nationalen Gesetzgeber beseitigt werden müsse.

StGB §§ 16, 17

Tatbestands- und Verbotsirrtum im Rahmen der Steuerhinterziehung

Radtke GedS Joecks, C.H. Beck 2018, S. 543

Autor skizziert die Voraussetzungen eines Tatbestandsirrtums im Rahmen des § 370 AO und die prozessualen Folgen unter Berücksichtigung der Steueranspruchstheorie.

StGB § 15

Dolus eventualis im Steuerstrafrecht

Salditt GedS Joecks, C.H. Beck 2018, S. 601

Verf. beschäftigt sich mit dem Begriff der Gleichgültigkeit, der sowohl auf vorsätzliche, als auch auf leichtfertige Begehungsformen der Steuerhinterziehung angewendet werden könne.

StGB § 25

Täterschaft von Unternehmern und Unternehmensorganen

Frisch FS Rogall, Duncker & Humblot 2018, S. 121

Autor vertritt die Auffassung, dass die Täterschaft eines Unternehmers über die Vernachlässigung spezifischer rollenbezogener Sonderpflichten zu begründen sei, nicht aber über die Grundsätze der Mittäterschaft oder mittelbaren Täterschaft.

StGB § 25

Tatherrschaft bei Pflichtdelikten

Rotsch GedS Joecks, C.H. Beck 2018, S. 149

Verf. geht der Frage nach dem täterschaftlichen Kriterium bei Pflichtdelikten auf Grundlage der Tatherrschaftslehre nach und setzt sich dabei kritisch mit den Ansichten von Hoyer und Claus Roxin auseinander.

StGB § 261 Abs. 5

Beteiligung an der leichtfertigen Geldwäsche

Bülte FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 181

Verf. analysiert, ob die leichtfertige Beteiligung an einer Geldwäsche möglich ist und kommt zu dem Ergebnis, dass dies der Ausnahmefall sein sollte.

StGB § 247

Verleitung zum Kameradendiebstahl

Kinzig FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 237

Die angeblich strafbewehrte Verleitung zum Kameradendiebstahl sei ein militärischer Mythos, der strafrechtlich am ehesten in § 247 StGB verankert werden könne,

StGB § 13 Abs. 1

Garantenpflicht und eigenverantwortliche Selbstgefährdung

Zöller FS Rogall, Duncker & Humblot 2018, S. 299

Verf. untersucht u.a. an Hand von BGHSt 61, 21 = StV 2016, 426, ob es im Rahmen des unechten Unterlassungsde-

likts eine Garantenpflicht im Anschluss an eine eigenverantwortliche Selbstgefährdung geben kann.

StGB § 13 Abs. 1

Garantenstellung von Lockspitzeln

Sowada FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 103

Kann ein strafloses Provokationsverhalten zu einer strafrechtlichen Garantenstellung des *agent provocateur* führen, wenn der tatsächliche Verlauf vom ursprünglichen Tatplan abweicht?

StGB §§ 21, 49 Abs. 1

Strafmilderung auch bei eigenverantwortlich herbeigeführter Trunkenheit

Streng FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 113

Autor untersucht (noch vor BGH [GS] NJW 2018, 1180 m. Anm. Jahn) die Auffassung des 3. Strafsenats, nach der bei eigenverantwortlich herbeigeführter Trunkenheit auf eine Strafmilderung zu verzichten sei.

StGB § 18

Zurechnung von Tatfolgen, an denen der Verletzte mitgewirkt hat

Weigend FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 135

Der *Autor* beschäftigt sich mit der Frage, ob dem Täter schwere Folgen einer Tat auch dann zuzurechnen sind, wenn der Verletze eine Mitverantwortung an ihnen trägt.

GWB, § 81 OWiG § 30

Neuerungen des Kartellordnungswidrigkeitenrechts

Dannecker FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 193

Welche Veränderungen hat die 9. GWB Novelle vor allem im Hinblick auf die Entwicklung von der Verbands- zur Unternehmensverantwortung im Rahmen des Kartellordnungswidrigkeitenrechts mit sich gebracht?

StGB § 331 ff.

Unrechtsvereinbarung im Rahmen der Amtsträgerkorruption

Deiters FS Rengier, C.H. Beck 2018, S. 209

Autor zeigt auf, warum sich aus der unzureichenden Erfassung der Struktur der Unrechtsvereinbarung Wertungswidersprüche bei der Bestrafung der Amtsträgerkorruption ergeben können.

StGB § 211

Blutrache

Kretschmer FS Fischer, C.H. Beck 2018, S. 415

Verf. ist der Auffassung, dass Blutrache nicht in der Regel einen niedrigen Beweggrund darstelle, sondern dass diesbezüglich eine Gesamtwürdigung der Umstände vorgenommen werden müsse.

StGB § 211

Göttinger Organallokationsskandal

Sowada GedS Joecks, C.H. Beck 2018, S. 163

Autor analysiert BGHSt 62, 223 = StV 2018, 278 (Göttinger Fall): Freispruch vom Vorwurf des versuchten Totschlags.

148 StV 2 · 2019